



Kiel, 09.10.2002

**Landtag
aktuell**

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 1 – Aktuelle Stunde zu Mobilcom (weiterer Beitrag)

Bernd Schröder:

Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen, Entscheidungen fallen im Unternehmen

Es sind hier ja verschiedene Aspekte der Situation rund um die MobilCom angesprochen worden. Lassen Sie mich dem noch einige Gedanken hinzufügen. Ich will gerne einräumen, dass es bei MobilCom eine Reihe ernster und auch hausgemachter Probleme gegeben hat. Etwa die allzu ehrgeizigen, expansiven Pläne des Unternehmensgründers. Oder die schließlich ganz offensichtlichen Spannungen und Rivalitäten zwischen der MobilCom und der France Télécom. Und vor allem die falsche Einschätzung der Marktentwicklungen durch das Management, insbesondere was die wirtschaftlich realen Möglichkeiten der UMTS-Technologie betrifft.

Es ist allerdings auch fair, in diesem Zusammenhang zu sagen, dass die Wachstumspotenziale im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien nicht nur in Büdelsdorf überschätzt wurden, sondern in der gesamten Branche. Zu viele glaubten vor eineinhalb bis zwei Jahren noch, der enorme Boom in den Wachstumsbranchen halte ewig. Die Folge: Es wurde oft bedenkenlos und unter allzu hohem Risiko investiert. Die Geldbeschaffung an den Börsen oder bei Risikokapitalgebern war ja offensichtlich kein Problem. Das Ergebnis ist bekannt: Zig-Milliarden verschwanden in den unendlichen Weiten des Cyberspace, und die einst so hochgejubelten Start-ups wurden brutal auf den Boden der ökonomischen Tatsachen zurückgeholt.

Die Bäume wachsen eben nicht in den Himmel – das galt – und gilt – auch für die MobilCom. Um das klar zu sagen, meine Damen und Herren: Es kann natürlich niemals Aufgabe der Politik sein, sich in das operative Geschäft eines Unternehmen einmischen zu wollen oder ihm Ratschläge zu erteilen, was richtig oder was falsch ist. Das kann die Politik gar nicht, dazu fehlen ihr schlicht die Instrumente, außerdem liegt die Verantwortung für die Unternehmen letztendlich in den Unternehmen, genauer: bei der Unternehmensführung. Das heißt aber nicht, dass die Politik nicht auch in der Verantwortung steht – sie setzt die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Unternehmen, sie ist auch gefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der ordnungspolitischen Spielregeln zu fördern und zu helfen. Und letzteres, meine Damen und Herren, galt für die MobilCom in der Situation, in der sich das Unternehmen Mitte September befand, in besonderer Weise. Und das aus folgenden Gründen:

- Erstens: Die MobilCom befand sich in einem – um das einmal so auszudrücken – besonderen Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Großgesellschaften France Télécom, der dem Bündelsdorfer Unternehmen schlicht den Geldhahn zugekehrt hatte. Es wird bezweifelt, dass dieser Schritt der Franzosen gerechtfertigt und vor allen Dingen rechtens war. Das bedeutete Mitte September: Wenn die MobilCom – ungeachtet der zu klärenden Rechtsfragen – nicht allerschnellstens mit liquiden Mitteln versorgt worden wäre, wäre das Ende des Unternehmens binnen weniger Tage unausweichlich gewesen.
- Zweitens: Es ist vielfach die Meinung vertreten worden, ein Insolvenzverfahren wäre der bessere Weg gewesen, um zumindest das Kerngeschäft der MobilCom zu retten. Die Befürworter dieser Lösung vergessen jedoch, dass völlig unklar ist, welche Folgen ein Insolvenzverfahren hinsichtlich einer möglichen Einigung mit der France Télécom hätte haben können. Auch in dieser Frage galt es, Zeit zu gewinnen, einmal ganz abgesehen davon, dass ein Insolvenzverfahren vermutlich höchst negative Auswirkungen auf das gesunde Kerngeschäft der MobilCom gehabt hätte.

der geplante Ausbau der UMTS-Technik muss mangels Potenzial einstweilen auf Eis gelegt werden.

Um das an dieser Stelle sozusagen als Fußnote anzumerken: Es gibt ja inzwischen eine ganze Reihe von Kritikern, die sich gern als Verfechter marktwirtschaftlicher Prinzipien darstellen, die aber jetzt behaupten, die Bundesregierung hätte seinerzeit bei der Versteigerung der UMTS-Lizenzen einschreiten und das Ganze stoppen müssen. Gewissermaßen um die Unternehmen vor sich selbst zu schützen! Natürlich sind die UMTS-Lizenzen von den Bietern in eine enorme Größenordnung hochgetrieben worden, und natürlich haben die Bieter ganz offensichtlich – wie wir heute wissen – die Marktchancen für diese Technologie viel zu optimistisch eingeschätzt.

Aber die Kritik, der Staat hätte seinerzeit aufpassen müssen, dass sich die Unternehmen nicht übernehmen, geht doch wohl ins Leere. Erstens hätten sich die handelnden Unternehmensführer solche Eingriffe vermutlich mit dem Hinweis auf Wettbewerb und Marktwirtschaft strengstens verboten. Zweitens hätte sich der Staat wohl kaum anmaßen können, die Märkte besser zu kennen als die international ausgerichteten Konzerne, und drittens wäre eine Einmischung des Staates zweifellos ein Verstoß gegen die ordnungspolitischen Spielregeln gewesen, die wir uns nun mal gegeben haben und auf die gerade die Verfechter der Marktwirtschaft so gerne verweisen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: für die Politik gab es in den Jahren zuvor keinen Anlass, die MobilCom zu ermahnen, die Finger von der UMTS-Technologie zu lassen oder sich mit ähnlichen Ratschlägen zu Wort zu melden. Jetzt aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns zum Geist der gemeinsam und einstimmig beschlossenen Resolution zurück kommen und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, das bei der MobilCom so viele Arbeitsplätze wie nur irgend möglich erhalten und gesichert werden mit einer gesunden Perspektive für das Unternehmen.